

Volkswacht

Wagelgebühren:
Die neuangek. Konvaleszenz 30
Inferate für andere 40
Arbeitsmarkt und Wohnungsgeld
anfragen 15
Die übergeleitete Kassegebühren 1.20
Bei Wiederholungen Rabatt.
Inferate müssen zwei Tage vor Erscheinen
der Zeitung in unseren Händen sein.

Die Volkswacht erscheint täglich mit
Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Wagelgebühren:
In Danzig durch andere Zuspel-
ler 1.20 monatlich 1.20
vierteljährlich 3.60
Durch die Post bezogen außerdem
nach Zustellgebühr monatlich 14
Einzelnummern 10
Postfach Danzig Nr. 202.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: In Danzig
Paradiesgasse 32. In Thorn Baderstr. 23. Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften
Telephon für Danzig: Redaktion 3795.
Expedition 3290. Für Thorn: 851.

Nr. 75 Dienstag, den 1. April 1919 10. Jahrgang

Danzig muß deutsch bleiben!

Führende Abgeordnete der Nationalversammlung in Weimar haben es für ihre Pflicht gehalten, die Kundgebungen und Bekenntnisse zur deutschen Einheit, welche anlässlich der angeblichen Vandalen polnischer Truppen in Danzig aus allen Teilen Deutschlands an die Reichsregierung und die Völkerbundskommission gerichtet wurden, durch den Ausdruck ihrer Überzeugung zu bekräftigen.

Hermann Müller.
Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei, schreibt: Wir Sozialisten haben das lebhafteste Verständnis für die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas. Deutschland und Polen gehören zu den Staaten, deren Wirtschaftslage in den letzten vier Jahren am meisten Verluste erlitten hat. Wir denken daran, daß Deutschland und Polen auf die Dauer Nachbarn bleiben werden, und daß Polen als unser wirtschaftliches Hinterland in Zukunft viel mehr auf uns angewiesen sein wird, als umgekehrt. Deshalb sind wir gern bereit, den Polen freie Schifffahrt auf der Weichsel zu gestatten und ihren Waren einen freien Zugang zum Meere über Danzig zu gewähren.

Arten Waren, nicht aber ihren Soldaten!
Die Forderung der Entente, polnische Truppen in Danzig landen und durch Westpreußen ziehen zu lassen, findet nicht die geringste Stütze im Waffenstillstandsvertrag.
In Westpreußen herrscht Ordnung. Es ist also dort keine Ordnung „aufrechtzuerhalten“. Im Gegenteil, was die polnischen Chauvinisten für ihre heutigen politischen Zwecke brauchen, ist Unordnung in Deutschland. Und sie rechnen damit, daß ihre Truppen die zum Eingreifen „nötigende Unordnung“ schaffen werden.

Die sozialistische Partei Deutschlands steht in der durchgang deutschen Frage Danzigs wie ein Mann hinter der Regierung. Das gesamte deutsche Volk wird sehen, die sich am deutschen Danzig verweisen wollen, mit aller Entschiedenheit antworten: Nein!

Graf v. Poldowski-Schuer
sagt u. a.: Deshalb bin ich empört darüber, daß jetzt unter Willkür des deutschen Selbstbestimmungsrechtes drei Millionen Menschen, die sich ihres Deutschseins bewußt geblieben sind, polnischem Zukunftsstaat einverleibt werden sollen.

Dr. Meißner
schreibt u. a.: Die Gegner wollen einer nie vorhandenen gewöhnlichen politischen Einheit drei Millionen Deutsche gegen ihren ausdrücklichen Willen zum Opfer bringen, was nur durch eine offensichtliche Verletzung des Artikels 16 des Waffenstillstandsvertrages und des 19. Punktes des als Friedensgrundlage angenommenen Programms des Präsidenten Wilson denkbar ist.

Dr. Gröber
sagt u. a.: Kein Deutscher in Westpreußen wird jemals freiwillig in einen polnischen Staat oder Autonomiegebiet einziehen. Das ist für jeden der die kulturelle Überlegenheit der deutschen Sprache und Bildung in Westpreußen kennt, selbstverständlich.

Dr. Derubatz
äußert sich so: Gerade der im Ausland so oft geübte polnische Nationalstolz müßte dazu führen, die geschichtlichen Aufgaben, welche Polen zu lösen wünscht, nur von unzweifelhaften Nationalpolen — ganz im Sinne Wilsons — durchzuführen zu lassen und nicht 8 Millionen Deutsche der Ostprovinzen entgegen der Stimme ihres Herzes, ihrer Überzeugung und ihren geistigen und wirtschaftlichen Interessen, in den Dienst des Polentums zu zwingen. Der Anfang hierzu wäre mit der durch nichts begründeten Landung polnischer Truppen in Danzig gemacht, gegen welche sich das gesamte deutsche Volk in berechtigter Empörung auflehnt.

Dr. Friedrich Rammann
sagt am Schluß seiner Ausführungen: Wenn polnische Truppen in das alte, liebe, deutsche Danzig einziehen, so ist das ein Zug in das Verfallene, was mit dem polnischen Staat auch in Verfall geraten, aber wir wollen nicht geradelt und ordentlich sein. Das muß sein!

Preußens Protest.

Ministerpräsident, 31. März. (B. Z. V.) In einer mächtigen Kundgebung für das deutsche Recht in Danzig und Westpreußen, die unter Vorsitz von 1200 Delegierten aus allen Teilen des Reiches stattfand, wurde unter einstimmiger Begeisterung folgende Entschiedenheit angenommen: Die Entente beabsichtigt, den Polen das 97 Prozent deutsche Danzig und einen 100 Kilometer breiten Streifen beiderseits der Weichsel von Thorn bis Danzig zu überlassen. Dies bedeutet wiederum große Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Das vom Präsidenten

Wilson als Grundbedingung für den Frieden erklärt worden war, 4 1/2 Jahre lang ist von der Entente dieses Selbstbestimmungsrecht der Welt als Fiktion verstanden worden. Allein im Vertrauen auf dieses Recht hat das deutsche Volk sich zum Frieden bereit erklärt. Durch die Abtretung des deutschen Danzigs und der Weichselufer aber auch nur durch die Schaffung einer polnischen Elbprovinz würde die Fiktion vom Deutschen Reich abgeschnitten und dem russischen Bolschewismus in die Arme getrieben. Das erste Stück der alten abgeworfenen Welt würde damit den russischen bolschewistischen Vandalen zum Opfer fallen. — Dieser Misserfolg Deutschlands und Trostlos, der den Untergang unserer Heimat bedeutet, würde dem Gedanken der polnischen Weltrevolution in erhöhter Weise vorantreiben und damit alle zivilisierten Staaten der Erde in den Grundrissen ihrer Kultur erschüttern. Millionen fordern daher im eigenen und allgemeinen Interesse aller Kulturstaaten der Erde, daß Danzig und das Weichselthal bei Deutschland bleiben.

An die Volkswachtleser von Thorn!

Die inner- wie außenpolitische Situation, wie die Vorgänge auf diesen Gebieten, schufen das Bedürfnis, auch in Thorn eine Arbeiterzeitung einzuführen. Die brennende Fragestellung durch die hier gelieferten Zeitungen, die Verbreitung der Falschheiten durch die offiziellsten Deutschen, dahin zu wirken, die Ernennungssachen der Revolution für die werktätige Bevölkerung illusorisch zu machen, zwingen uns, Mittel und Wege zu schaffen, die geistige Verbindung zwischen der Arbeiterkraft und ihren Führern herzustellen und aufrechtzuerhalten. Hieran brauchen wir eine Arbeiterzeitung, die von Arbeitern geschaffen ist und von Arbeitern geschrieben wird.
Wichtig ist die kapitalistische Presse, die jetzt nach dem Kriege zum großen Teil aus den ungeheuren Kriegsgewinnen besteht. Hierdurch ist ihr die Möglichkeit gegeben, sich nach allen Richtungen und in allen Kreisen Eingang zu verschaffen. Wie oft sind die Arbeiter, wie es auch hier in Thorn der Fall war, gezwungen, gerade die Presse als größtes Kampfmittel ihrer Gegner gegen sie direkt zu unterstützen, indem sie gezwungen waren, sie zu abonnieren, weil keine Arbeiterzeitung am Platz war.

Hoch entscheidet über die Truppenlandung.

Berlin, 30. März. (B. Z. V.) Auf die Antwort der deutschen Regierung, betreffend die Landung polnischer Truppen in Danzig, hat Reichsamt des Reichswehrs überreichten lassen, wonach er verständlich am 3. April in Spa alle Auskünfte und alle verlangten Garantien demjenigen deutschen Bevollmächtigten geben wird, der mit den nötigen Vollmachten versehen ist, um in 48 Stunden entschieden zu können. Daraus ist hat die deutsche Regierung beschlossen, den Reichsminister Grafen v. Poldowski-Schuer nach Spa zu entsenden.

Ein Vermittlungsvorschlag.

Wie man aus Weimar berichtet, wurde deutscherseits in Spa als Zwischenschlichter die Landung der baltischen Truppen in Ostpreußen und die Racialausgleichung in Danzig gemacht.

Die Polen „berückichtigen“.

Die Sonntagsnummer vom 30. März der „Gazeta Gdansk“ bringt folgende einseitige Darstellung: „Auf die Note des Generals Nibont vom 25. März d. J., die die Landung des Generals Deller in Danzig betrifft und die dem Vorsitzenden der Völkerbundskommission ausgestellt wurde, antwortete die deutsche Regierung mit einer offiziellen Note, in der sie der „Danziger Zeitung“ Nr. 149 nach bekannt, daß Baderewski während eines Aufenthaltes in Danzig gesagt hätte: „Wenn die polnischen Divisionen aus Frankreich und Italien erst einmal in Danzig seien, würde Danzig und ganz Westpreußen polnisch sein.“ Demzufolge haben wir jetzt: Es ist nicht wahr, daß die oben zitierte Note von Baderewski in Danzig abgegeben worden ist. Der Reichs-Volkswacht in Danzig.“

Die Polen mögen sich beruhigen. Stellt sie keine Reichsregierung in einem öffentlichen Urteil eine Behauptung auf, so hat sie auch Beweise für ihre Richtigkeit.

Verbrüderung der Entente mit Polen.

Paris, 30. März. (B. Z. V.) Die Kammer nahm die Vorlage betreffend das Bündnis mit der Entente einstimmig an und bekräftigt an. Ein Abgeordneter betonte, daß die Freundschaft und Sympathie Polens gegenüber der Entente zum Ausdruck bringe, wozu die Kammer bei der

territorialen Kommission eine neue Delegation beauftragte.
Baderewski nach Paris abgereist.
Gdańsk, 30. März. (B. Z. V.) Hollands Neues Bureau meldet aus Warschau: Ministerpräsident Baderewski reist am Montag nach Paris ab, wo er zwei Wochen bleiben wird.

Freispruch des Mörders.

Paris, 29. März. (Mentel.) Villain, der Mörder von Jaurès wurde freigesprochen.
Zur Freisprechung des Mörders von Jaurès, die wegen Unzurechnungsfähigkeit erfolgte, erwähnt das „L'Echo“, daß die Verteidigung des Mörders besonders die deutschfreundliche antimilitarische Politik Jaurès angriff. Der „Vorwärts“ spricht von einem unzulässigen Aufschub des französischen Chauvinismus. Der Freispruch bedeutet einen Schlag in das Gesicht der französischen Parteigenossen.

Das muß jetzt anders werden.

Trotz der enormen Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen, wird es möglich sein, auch in unserer Zeitung die neuesten Ereignisse eben so früh zu bringen, wie in den anderen. Aber unverändert den Tatsachen entsprechend werden sie unsere Leser haben.

Um unsere „Volkswacht“ aber jedem Arbeiter, auch dem uns noch abseits stehenden, zugänglich zu machen, bedürfen wir der Unterstützung aller Genossen.

Breit die geleseenen Nummern nicht fort. Gebt sie weiter an die, die durch die bürgerliche Verdrängungspolitik noch nichts von uns wissen wollten. Schreibt weiter Abonnenten! Der Anfang war gut. Schon der 1. April muß den bürgerlichen Blättern die Abnahme ausbäumen lassen, daß sie es mit einer klaren Konfession zu tun bekommen, die die Art an die Wurzeln ihrer bisherigen Herrschaft in Thorn und Umgebung legt. Die emporkommen muß, weil sie mit der Wahrheit, dieser besten Waffe, operieren wird. Darum weiter so, Genossen, wie der Anfang war. Hinans mit den gegenständlichen Blättern aus den Arbeiterheimen!

Ungarn — ein Beispiel?

Die verzweifelte Tat des Grafen Karolyi, der von dem Siegerbündnis der Entente zum Verräter gezeichnet, die Regierung Ungarns an eine Diktatorregierung abtrat, die darauf mit Russland ein Bündnis schloß, hat im deutschen Volk den allerheftigsten Eindruck gemacht. Wie sie wirkt, das zeigt am besten der Umstand, daß sogar bürgerliche Politiker bei uns ernsthaft den Gedanken in Erwägung ziehen, das ungarische Beispiel nachzuahmen. Im „Berliner Tageblatt“ plädiert Bernhard Dernburg für den Gedanken, einen Frieden der nackten Vergewaltigung nicht zu unterzeichnen. Er schreibt:

„Deutschland hat heute als ein geistesvoller Feind an der Seite, die die westliche Kultur und das Staatsgebäude Europas trägt. Wird die Orgie der Phäokrie über unseren Haupten zu toll und herausfordernd, so werden wir diese Sünde umgehen. Es ist höchlich einseitig, daß Deutschland unter unumstößlichem Druck und der Diktatorregierung, angeblich zivilisierter westlicher Völker oder unter der weißen Hand bolschewistischer Herren zugrunde geht. Aber dieses sind doch rechtliche Ideen, die, wenn auch missgefaßt und von falschen Voraussetzungen ausgehend, durch Blut und Grusel die gesamte Menschheit einem bösen Schicksal zuführen wollen. Und fällt Deutschland unter diesen Umständen, so hat es die Verantwortung zu tragen, daß die Trümmer des Weltbaus, die die Völker mit in den Abgrund ziehen, demnach Deutschland aus dem Weltbau nicht die Hoffnung und die Sicherheit einer Fortsetzung, die dem Völkerrecht und ihm eine Wiederherstellung seines Stützpunktes und wirtschaftlichen Lebens gewährleisten, so muß es ernsthaft sein Auge nach Osten richten und wird dort vielleicht für seine Lebensbedürfnisse mehr Verständnis finden und nach einer kühnen, aber gegenwärtig eine glücklichere Zukunft, als wenn es sich jetzt in Schmach und Schande erweist, um dann der „Sozialen der Entente“ nach Osten zu werden.“
Wenn so ein Mann schreibt, der als Vertreter des Völkerrechts öffentlich bekannt ist, von dem Völkerrecht, das dem Völkerrecht nach ist, so ist das auffallend zu denken. Wir haben freilich zu beachten, daß die ungarische Diktatur...

den Bolschewismus ist der Sache nach ein freiwilliger Selbstmord. Das ist nicht übertrieben. Denn da die Entente uns alsdann keine Lebensmittel liefern wird, und Rußland uns, worüber wir uns völlig klar sein müssen, keine Lebensmittel liefern kann; da ferner sicher ist, daß unsere eigenen Lebensmittel bei weitem nicht bis zur nächsten Ernte reichen, so wird dieser Schritt eben zur Folge haben, daß Ende dieses Frühjahrs in Deutschland eine schreckliche Hungerepidemie ausbricht und ein großer Teil der Bevölkerung zugrunde geht. Daß darüber hinaus infolge der unüberwindlichen wirtschaftlichen Forderungen des Bolschewismus ein noch größerer Teil unserer Industrie zum Stillstand gelangen, und die Arbeitslosigkeit noch viel größere Dimensionen annehmen wird, ist ebenfalls unzweifelhaft. Gegenüber Rußland verhält sich unsere Lage dadurch, daß in Deutschland nicht wie in Rußland etwa 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung, sondern nahezu 75 Prozent der Bevölkerung in Industrie und Handel tätig sind. Ueber den Umfang der Katastrophe muß man sich also völlig im klaren sein, wenn man von ihr spricht. Sie mußwillig herbeiführen, wäre ein Verbrechen. Aber wenn uns die Entente tatsächlich mit einer ähnlichen oder größeren Katastrophe bedroht, dann kann schließlich wirklich einmal der Moment eintreten, in dem es keine andere Lösung gibt.
Sofort etwas und ohne Überlegung das ungarische Beispiel nachzuahmen, liegt für uns in Deutschland kein hinreichender Anlaß vor. Noch können wir unsere Friedensbedingungen nicht, und noch besteht Möglichkeit und Hoffnung, daß die Vernunft bei unseren Feinden wenigstens einige Teilnahme erlangen wird. Solange diese Aussicht besteht, ist es unsere Pflicht, Deutschland vor der inneren Katastrophe zu bewahren, die uns den letzten Rest der Rettung vorzeitig verfließen würde!

Das Bündnisangebot.

Wien, 30. März. Die „Volkzeitung“ schreibt: Nach zuverlässigen Budapest Nachrichten hat die ungarische Regierung der deutschen Reichsregierung ein Bündnis gegen die Entente angeboten. Die Mitteilung soll bereits nach Berlin gelangt sein. (Anmerkung des B. Z. V.: In bisheriger ausländischer Presse ist von einem solchen Angebot nichts bekannt.)

Agrariers Geldentaten.

Daß auch das neue Regime die brutale Hungerwirtschaft noch nicht überall erlösen konnte, weiß man nur allzu gut. Daß aber auch Vertriebsbehörden unter Berufung auf formale Bedenken die eifrig nachweisbare Lage einer Frau über ihre und ihrer Tochter schwere fälschliche Willkür durch ihren Gebieter diese Willkür befestigen, ist das Unverstehtliche, was sich bisher noch ereignete. Wir entnehmen einer uns ausgegangenen Südkorrespondenz folgenden Tatbestand:

Die Tochter der Frau Schieweck wurden von der Gutsbesitzerin „Madame“ Wiesberger aus Rietzhausen (Kr. Pommern) bei der Arbeit mit dem Stroh bedeckt und bluteten. Als die Mutter sie dagegen in Schutz nahm, provozierte der ehrenwerte Gutsbesitzer die Frau, indem er sie zu zwingen versuchte, die Mädchen allein wieder in den Wald zu schicken. Auf ihre Widerrede hin schloß er sie mit einem etwa 80 Zentimeter langen Gummischlauch, den der biedere Bauer extra für den Zweck bei sich geführt zu haben schien, über den Kopf und ins Gesicht. Die Frau klagte sich an den Schweiß und schüttelte sich so vor weiteren Qualen, wurde aber von dem Heubündel auf dem Hof und über den Hof geschleift, bis er das schmerzliche Schreien hörte. Die dann folgende Tochter schlug er mit einem Asthieb nieder, so daß sie bewußtlos hinfiel. ... Die bei der Staatsanwaltschaft Ankerburg ermittelte Anzeige hatte den Erfolg, daß das Verbrechen mangels unzureichender Beweise, die den Zusammenhang hätten klarstellen können, eingestellt wurde. Die Frau Schieweck und ihre Tochter können den Schaden nicht mehr erlangen. „Madame“ hat die Tochter der Frau Schieweck in den Schloß — der Herr Staatsanwalt ohne Reue! Ein jeder weiß, daß kein Mensch so dumm ist, sich zu Straftaten die Augen zu schließen. Darum dürfen in dem Verfahren von 1919 noch die unerschütterlichen Arbeitserwartungen, wo der Ausbeuter nicht einmal vor dem wirtschaftlichen Gesicht der Wirtschaftlichen Situation hat, freilich bekannt werden!

Die Ernährungsaussichten.

Berlin, 29. März.
Die Beratung der Agrarier auf Veranlassung der Landwirtschaft und Verbesserung der Verhältnisse wird fortgesetzt.
Reichsminister für Ernährungswesen Schmidt: Es ist zu befürchten, daß wir wochenlang keine Kartoffeln für die künftige Bevölkerung haben werden. Das ist ein Lebensmittel aus dem Auslande herbeizuführen, ist zunächst zu besondern Bemerkungen an die agrarischen Verhältnisse zu machen. Die Preise, die mit dem Auslande

Der Abend kam, Margarete wusch die Hände und
aß die Suppe; dann hano sie am Kamin und
schied sich und seuerete sich, als sie am Tage sein
Säcker an ihren jungen Leib geklemmt. Stillschweigen
und rein, das konnte der heilige Tod verlangen.
Dann kniete sie drinnen in der Stube vor dem
Kreuzgottesbild, das aus schmalen Weidenzweigen
klettert und wie Lirioden der erlöschenden Wand be-
schattete. Anna und Maria war ihr dabei.
Nun betete sie nicht; nur das Verlangen und den
mächtigen Wunsch, — die Erwartung, die Trauer.
Als geheime Sorgen vor dem kommenden Tag
kündeten ihr eigene Worte auf die Lippen.

